

Zulassung für Impfstoff beantragt

Biontech: Mittel spätestens Ende Dezember verfügbar

NEW YORK/MAINZ Großer Schritt auf dem Weg zum sehnstchtig erwarteten Wirkstoff gegen eine Corona-Infektion: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen zeitnah bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie beide mitteilten. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung.

„Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz. Falls der Wirkstoff zugelassen werde, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA Mitte bis Ende Dezember mit dem Impfstoff versorgt werden.

Biontech-Vorstandschef und Mitgründer Ugur Sahin sprach von einem „entscheidenden Schritt, um unseren Impfstoffkandidaten so schnell wie möglich der Weltbevölkerung zur Verfügung zu stellen“. Ziel sei die schnelle globale Verteilung des Impfstoffs. „Als Unternehmen mit Sitz in Deutschland im Herzen Europas“ sei der enge Kontakt mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) für Biontech von besonderer Bedeutung.

Besondere Dringlichkeit

Biontech und Pfizer sind die ersten westlichen Hersteller, die vielversprechende Studienergebnisse veröffentlicht haben und den Weg für eine Notfallzulassung bei der FDA gehen. Für den Impfstoff mit der Bezeichnung BNT162b2 ergeben umfangreiche Testreihen nach Angaben der Unternehmen eine Wirksamkeit, die einen 95-prozentigen Schutz vor der Krankheit Covid-19 bietet. Das Mittel funktioniert über alle Altersgruppen und andere demografische Unterschiede hinweg ähnlich gut.

Die FDA muss den Antrag nach der Einreichung erst prüfen. Wie lange das dauern könnte, war zunächst unklar. US-Experten zeigten sich aber zuversichtlich, dass es noch vor Jahresende ein Ergebnis der Prüfung geben könnte. Für Corona-Impfstoffe gilt wegen der besonderen Dringlichkeit ein beschleunigter Zulassungsprozess. Bei der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) und in weiteren Ländern reichten Biontech und Pfizer bereits Daten ein.

„Wir reichen kontinuierlich Daten ein im rollierenden Einreichungsprozess“, antwortete die Biontech-Sprecherin auf die Frage nach den Vorbereitungen für Anträge zur Zulassung des Impfstoffs bei der EMA und in der Schweiz. Ziel sei es, mit diesen Daten einen Antrag auf Zulassung zu ermöglichen. Bereits in der zweiten Dezemberhälfte könnte ein erster Impfstoff in Europa zugelassen werden, sagte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. (DPA)

Kontakt

Abo- und
Zustellservice
Kleinanzeigen
(privat)
Anzeigen
(gewerblich):
Geschäftsstelle:
Redaktion:
Internet:

Tel. 095 71/788-15
kundenservice@obermain.de
Tel. 095 71/788-88
kundenservice@obermain.de
Tel. 095 71/788-17
Fax 095 71/788-36
Tel. 095 71/788-50
Tel. 095 71/788-20
Fax 095 71/788-24
redaktion@obermain.de
http://www.obermain.de

Laster fängt am Flugplatz Feuer

Beim Umsetzen einer Walze ist auf dem Gelände des Aero Clubs Lichtenfels am frühen Freitagnachmittag ein Laster in Brand geraten. Feuerwehrleute aus Lichtenfels und Wallenstadt erstickten die Flammen mit einem Schaumteppich.

FOTO:MARKUS DROSSEL
→ Seite 4

Das Klima bleibt ungemütlich

Die Aussprache nach der Belästigung von Abgeordneten zeigt, wie vergiftet die Stimmung im Parlament ist. Die AfD setzt den rauen Ton, die anderen Fraktionen lassen sich anstecken.

Von
CHRISTIAN GRIMM

BERLIN Als sich AfD-Fraktionschef Alexander Gauland entschuldigt, hat er Mühe, die Zwischenrufe und Schreie zu übertönen. Sie stammen aus den Reihen von CDU, CSU, SPD, Linken, FDP und Grünen. Gauland bittet am Freitag um Entschuldigung dafür, dass am Mittwoch AfD-Abgeordnete Gegner der Seuchenpolitik in den Bundestag geschleust haben und diese dort Abgeordnete bedrängten, darunter Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Das sei „unzivilisiert und gehört sich nicht“, sagte der 79-Jährige. „Dafür entschuldige ich mich als Fraktionsvorsitzender.“ Dieser Ausschnitt aus dem Parlament illustriert, wie rau und unversöhnlich unter der Kuppel des Reichstags miteinander umgegangen wird. Seit die AfD vor drei Jahren einzog, ist alles anders. Sie hat den Lautstärkepegel aufgedreht und die anderen Fraktionen drehen ihn nicht wieder runter, sondern versuchen, mitzuhalten.

Die SPD-Politikerin Barbara Hendricks erinnert in ihrer Rede während dieser extra anberaumten aktuellen Stunde zuerst an die gute alte Zeit, als es die AfD noch nicht gab. Hendricks ist das, was man ein Urgestein nennt. Seit über 25 Jahren ist sie Abgeordnete. Sie erzählt

von Beleidigungen, die aus den Reihen der AfD kämen, gut verständlich aber nicht so laut, dass das Protokoll sie höre. Sie erzählt davon, dass sich Mitarbeiterinnen am späteren Abend nicht mehr in die Gänge wagten aus Angst vor Angriffen von Mitarbeitern oder Abgeordneten der AfD.

„Sie täuschen sich,
Sie beeindrucken uns nicht.“

**Michael Grosse-Brömer,
parlamentarischer Geschäftsführer
der Unionsfraktion**

„Wir wissen dies alles und wir müssen damit umgehen“, sagt Hendricks. Der Satz, der folgt, bringt das Dilemma auf den Punkt. „Das ist leider nicht zu ändern.“

Die Arbeit des Parlaments gründet sich in der politischen Theorie auf das freie Mandat der Volksvertreter. Sie sind von den Wählern bestimmt und können deshalb nicht aus dem Bundestag geschmissen werden. In der Praxis gründet sich die Arbeit des Parlaments aber genauso stark darauf, dass Abgeordnete und deren Mitarbeiter anständig miteinander umgehen.

Diese Praxis ist seit der vergangenen Bundestagswahl empfindlich gestört. Nicht immer geht das auf das Konto der AfD. Im Juli warfen Klima-Aktivisten im Hohen Haus Flugblätter und forderten schreiend, das Kohleausstiegsgesetz zu verhindern, weil es zu lasch sei. Es ist kaum vorstellbar, dass die Aktivisten ohne die Hilfe von Sympathisanten ihren Weg in den Bundestag fanden.

Der Protest und die Empörung bei Grünen, Linken und der SPD hielten sich in Grenzen. Anders als im aktuellen Fall bedrängten die Klimaschützer aber keine Abgeordneten persönlich. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion wirft der AfD daher in seiner Rede vor, einen Angriff gegen das freie Mandat und einen Angriff auf die Demokratie zu fahren. Michael Grosse-Brömer gibt sich entschlossen. „Sie täuschen sich, Sie beeindrucken uns nicht.“

Tatsächlich ist die eigens anberaumte Aussprache ein Indiz für das Gegenteil. Die AfD hat die anderen Parteien im Bundestag tief erschüttert. Das bestätigt auch ein Schreiben von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) an alle Abgeordneten, das dieser Redaktion vorliegt.

Darin spricht er von „vielfältigen Befürchtungen und Ängsten“, die die Störer am Mittwoch ausgelöst haben. Vor der Abstimmung bombardierten Gegner der Corona-Politik die Abgeordnetenbü-

ros der Großen Koalition mit E-Mails, Schreiben und Anrufen.

Sie bedienten sich damit eines Konzepts, das in den alten Tagen der Bundesrepublik im linken Spektrum erdacht wurde. In den Debatten im Plenarsaal setzt die Alternative für Deutschland auf verbale Eskalation und gewinnt dieses Spiel fast immer, weil sich die anderen Fraktionen mitreißen lassen. In den Ausschüssen fernab des Scheinwerferlichts sitzen sowohl engagierte als auch gelangweilte AfD-Abgeordnete.

Damit die AfD nicht noch einmal ungebetene Gäste einlädt, lässt Schäuble jetzt seine Verwaltung die Paragraphen studieren. Denkbar sind zum Beispiel Rügen und Ordnungsgelder gegen diejenigen Mitglieder, die den Gegnern der Corona-Politik Einlass gewährten. Außerdem lässt der CDU-Veteran prüfen, wie das Regelwerk nachgeschärft werden kann. In seinem Brief warnt er davor, dass eine Atmosphäre entstehen könnte, die eine freie Diskussion behindert. „Das dürfen wir im Bundestag nicht zulassen“, betont der Bundestagspräsident.

Erhalten haben seine Mahnung auch die Mandatsträger der AfD. Ihre Partei hat mit dem Kampf gegen die Corona-Politik ein neues Thema gefunden. In den Umfragen steht sie stabil beider Marke von zehn Prozent. Das Klima im Parlament bleibt ungemütlich.

Dreitägiger Online-Parteitag

Grüne beraten über Grundsatzprogramm

BERLIN Die Grünen haben ihre Beratungen zum neuen Grundsatzprogramm begonnen. „Wir sprechen miteinander in einer Zeit gewaltigen Umbruchs“, sagte Bundesgeschäftsführer Michael Kellner am Freitag in Berlin zum Auftakt des Bundesparteitags, der komplett digital stattfindet. Die Zeit werde als Krise wahrgenommen, müsse aber auch als Chance begriffen werden. Der Parteitag solle ein „Signal des Aufbruchs“ setzen und zeigen, dass die Grünen verstanden hätten, „dass wir Verantwortung übernehmen können und sollen“.

Nur Vorstand, Präsidium, Mitarbeiter und Journalisten waren in der Parteitagshalle, die mehr als 800 Delegierten waren über das Internet zugeschaltet.

Mit der für Sonntag geplanten Schlussabstimmung wollen die Grünen das vierte Grundsatzprogramm ihrer gut 40-jährigen Parteigeschichte beschließen. Strittige Punkte sind dabei etwa die Haltung der Partei zur Gentechnik und die Maßstäbe im Klimaschutz. Das Wahlprogramm für die Bundestagswahl wird erst im kommenden Jahr erarbeitet und beschlossen. (DPA)

ANZEIGE

Heute, Samstag, erscheint Teil 2 unseres großen

Weihnachts-Gewinnspiels

1. Preis: ein Gutschein im Wert von 300,– Euro

2. Preis: ein Gutschein im Wert von 200,– Euro

3. Preis: ein Gutschein im Wert von 100,– Euro

...und noch viele weitere Gutscheine

Weihnachts-Gewinnspiel-
Sonderbeilage
am 21. November 2020

2. Teil

Obermain-Tagblatt